

GZ: BMWFW-360.006/0002-WF/V/5/2016

ZUR VERÖFFENTLICHUNG BESTIMMT

16/4.2

Betreff: 3470. Tagung des Rates der Europäischen Union für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt) am 26. und 27. Mai 2016 in Brüssel

Vortrag an den Ministerrat

Am 26. und 27. Mai 2016 fand in Brüssel die formelle Tagung des Rates der Europäischen Union für Wettbewerbsfähigkeit (Binnenmarkt, Industrie, Forschung und Raumfahrt) statt. Österreich war am ersten Sitzungstag durch HStS Dr. Harald Mahrer und am zweiten Sitzungstag durch HStS Dr. Harald Mahrer und Gesandten Dr. Thomas Oberreiter vertreten.

Teil I: Binnenmarkt und Industrie und Raumfahrt

Der Vorsitz über die Ratstagung wurde vom niederländischen Wirtschaftsminister Henk Kamp wahrgenommen. Die Europäische Kommission war durch den Ersten Vizepräsidenten Frans Timmermans (Bessere Rechtssetzung), Vizepräsident Andrus Ansip (Digitaler Binnenmarkt), Vizepräsident Jyrki Katainen (Beschäftigung, Wachstum, Investitionen und Wettbewerbsfähigkeit), Kommissarin Elżbieta Bieńkowska (Binnenmarkt, Industrie und Unternehmertum, sowie kleine und mittlere Unternehmen), Kommissar Günther Oettinger (Digitale Wirtschaft und Gesellschaft) und Kommissarin Marianne Thyssen (Soziales und Beschäftigung) vertreten.

Unter dem niederländischen Vorsitz wurde der Kommissions-Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Gewährleistung der grenzüberschreitenden Portabilität von Online-Inhaltendiensten im Binnenmarkt als erster Schritt zur Modernisierung des Urheberrechts mit Hochdruck behandelt. Für mobile EU-Bürgerinnen und Bürger bedeute der Zugriff auf erworbene Online-Dienste bei vorübergehendem Aufenthalt im Ausland einen spürbaren Mehrwert.

HStS Mahrer begrüßte den Vorschlag als notwendig und sinnvoll in einer immer mobileren und vernetzten Gesellschaft und sprach sich gegen eine zeitliche Einschränkung des vorübergehenden Aufenthalts aus, da diese weder für den Konsumenten noch für die Unternehmen einen Sinn mache bzw. nur bürokratischen Aufwand mit sich bringe. Bei der anschließenden Abstimmung wurde die allgemeine Ausrichtung mit einer Enthaltung (ES) angenommen.

Als nächstes präsentierte der Vorsitz den Sachstand des Vorschlags zur Änderung der Richtlinie 96/71/EG vom 16. Dezember 1996 über die Entsendung von Arbeitnehmern im Rahmen der Erbringung von Dienstleistungen (kurz: Entsende-RL). Zum laufenden „gelbe-Karten-Verfahren“ kündigte Kommissarin Thyssen an, dass die Kommission die Argumente im Detail analysieren und eine Entscheidung vorlegen werde. Der Sachstandsbericht wurde vom Rat zur Kenntnis genommen.

Im nachfolgenden "Check-up" der Wettbewerbsfähigkeit wurde anhand einer Präsentation von Kommissarin Bieńkowska der Zustand der Realwirtschaft erörtert. Neben einer Debatte über die Auswirkungen der Digitalisierung auf die Produktivität, insbesondere bei Dienstleistungen, wurde das auf eine österreichische Initiative zurückgehende Competitiveness Scoreboard vorgestellt. Diese „Anzeigetafel der Wettbewerbsfähigkeit“ stelle eine gute Basis dar, um die Wettbewerbsfähigkeit der EU im Vergleich zu Drittstaaten für die Minister/innen darzustellen. Die Kommission werde die Arbeiten am Competitiveness Scoreboard übernehmen und für künftige Ratsitzungen adaptieren. HStS Mahrer betonte die Notwendigkeit evidenzbasierten Arbeitens und Entscheidens und bat die Kommission um detaillierte Daten zu den USA, China und Japan um einen besseren Vergleich mit der EU zu ermöglichen. Die Strukturierung und Objektivierung der politischen Debatten auf Basis solider Schlüsselindikatoren wurden allgemein begrüßt.

Kommissarin Bieńkowska erklärte, dass die Steigerung der Produktivität bei Dienstleistungen für die Wettbewerbsfähigkeit wesentlich sei. Die EU habe im Vergleich zu USA eine schwächere Dienstleistungs-Produktivität. Weiters sei die Verbreitung neuer Technologien in den Mitgliedstaaten im Vergleich zu Drittstaaten schwach; nur einige Mitgliedstaaten tätigen hier ähnlich hohe Investitionen wie die USA. Allgemein wurde befunden, dass man auf EU-Ebene mehr in digitale Lösungen investieren müsse, v.a. in für die Industrialisierung notwendige Projekte.

Die nachfolgende Durchgängige Berücksichtigung der Wettbewerbsfähigkeit widmete sich dem Sachstand der Strategie für einen digitalen Binnenmarkt (DSM), der bereits im Rahmen des gemeinsamen Mittagessens mit den Telekom-Minister/innen erörtert wurde. Man hielt fest, dass Fortschritte in einigen Bereichen erzielt wurden; es bedürfe jedoch einer rascheren und ambitionierten Implementierung aller DSM-relevanten Vorschläge. Legislativvorschläge müssten rascher behandelt werden (*fast track timeline*); generell bedürfe es eines innovationsfreundlichen, zukunftsorientierten Rechtsrahmens der spürbare Vereinfachungen für Bürger und Unternehmen bringe. Der DSM sei für die Geschäftsmodelle und Arbeitsplätze der Zukunft von Bedeutung. Darüber hinaus wurden das Scaling-up von Start-ups in der EU, Skills, Infrastruktur, der freie Datenfluss und Standards als wichtige Bereiche genannt.

Anschließend folgte eine Orientierungsaussprache mit 1. Vizepräsident Timmermans und wurden Schlussfolgerungen des Rates über Bessere Rechtsetzung zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit angenommen. Die Bedeutung der besseren Rechtsetzung für den gesamten Legislativzyklus wurde unterstrichen und Neuerungen wie die Instrumente der Folgenabschätzung (IA), REFIT, des Ausschusses für Regulierungskontrolle (RSB) und quantifizierte Abbauziele hervorgehoben. 1. Vizepräsident Timmermans verwies auf den erfolgreichen Abschluss der Verhandlungen zur inter-institutionellen Vereinbarung, an deren Implementierung nun gearbeitet werde. Hinsichtlich der bis Ende 2017 zu erarbeitenden quantitativen Abbauziele wurde die Notwendigkeit einer Bestandsaufnahme betont (hierzu Einbindung der REFIT-Plattform).

StS Mahrer unterstrich, dass bessere Rechtsetzung einen effektiven Nutzen für Bürger/innen und Unternehmen haben müsse. Dieser müsse auch kommuniziert werden. Im Zentrum müsse die Möglichkeit zur Modernisierung und Innovationsfreundlichkeit der europäischen Wirtschaft stehen.

Unter dem Tagesordnungspunkt „Sonstiges“ erfolgten Informationen über eine Konferenz des Vorsitzes zum Thema Quantentechnologie (Amsterdam, 17./18. Mai 2016) sowie über ein wichtiges Vorhaben von gemeinsamem europäischem Interesse betreffend Hochleistungsrechnen und "Big-Data"-fähige Anwendungen von LU, FR, IT und ES. Dieses ambitionierte Projekt diene der Beschleunigung der digitalen Transformation und Förderung des DSM.

Es folgte eine Information des Vorsitzes und der Kommission über die Tagung des Europäischen Rates im Juni 2016 und insbesondere das Thema „Agenda für die Umsetzung aller Aspekte des Binnenmarkts“. Festgehalten wurden außerdem die Ergebnisse des Treffens der Freunde der Industrie (Warschau, 22. April 2016). Kommissar Oettinger habe dort das DSM-Paket zu Technologie und Modernisierung der öffentlichen Dienste vorgestellt. Man tauschte sich weiters über den Schutz der EU-Industrie vor protektionistischen Maßnahmen aus Drittstaaten (TDI Modernisierung) und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit der EU-Industrie aus.

Als nächstes informierten Vorsitz und Kommission über den Legislativvorschlag des sogenannten Produktsicherheits- und Marktüberwachungspakets (erste Lesung). Der Vorsitz legte auf Ersuchen der Gruppe der Befürworter des Herkunftslandprinzips (ES, PT, EL, IT, FR, RO, SI, BG, MT, CY, HR, PL) unter IT Leitung, nochmals einen Kompromissvorschlag zu Art. 7 betr. verpflichtender Ursprungslandkennzeichnung für Keramik, Schuhwerk, Textilien und Möbel zur Produktsicherheits-VO (CPSR) vor. Da sich kein weiterer Mitgliedstaat dem neuen Vorstoß zum Kompromiss anschloss, wurde auch dieser Textvorschlag abgelehnt. Die Kommission gab an, dass sie sich derzeit aufgrund der anhaltenden Blockade im Rat außerstande sehe, eine Kompromisslösung zu finden und ließ die weitere Vorgangsweise offen.

Zuletzt informierte die slowakische Delegation über das Arbeitsprogramm des kommenden Vorsitzes. Man werde sich sowohl mit der internen als auch der externen Dimension des Binnenmarktes beschäftigen. Die Umsetzung der Maßnahmen des DSM und der Binnenmarktstrategie stünden daher im Zentrum der Arbeiten. Für den Rat Wettbewerbsfähigkeit im November (28./29.11.) plane man eine Bestandsaufnahme der Binnenmarktstrategie. Die Industrie stehe unter unfairer Wettbewerbsdruck durch Drittstaaten, weshalb man sich auf die Modernisierung, das Mainstreaming und die Förderung energieintensiver Industrien konzentrieren möchte. U.a. möchte man in dieser Ratsformation über den Marktwirtschaftsstatus von China und andere, für die Wettbewerbsfähigkeit wesentlichen, Maßnahmen sprechen. Die bessere Rechtsetzung betreffend knüpfe man an die Arbeiten des niederländischen Vorsitzes an.

Für den Teil Raumfahrt war Österreich auf Beamtenebene und die Europäische Kommission durch Kommissarin Bieńkowska vertreten. Der Diskussionsschwerpunkt war die Nutzung weltraumgestützter Daten im Zusammenhang mit der Erarbeitung

der künftigen „Raumfahrtstrategie für Europa“; diese sollte auch beim informellen Treffen der Raumfahrtminister/innen von EU und ESA am 30. Mai 2016 in Den Haag thematisiert werden.

Der Vorsitz erläuterte, raumfahrtbasierte Daten hätten bereits jetzt mannigfaltige Auswirkungen auf sämtliche Bürgerinnen und Bürger. Die in Europa bestehende sowie die gerade im Aufbau befindliche Infrastruktur generiere ein großes Ausmaß an Daten, die es bestmöglich zu nutzen gelte.

Kommissarin Bieńkowska informierte über den Stand der europäischen Raumfahrtprogramme GALILEO, EGNOS und COPERNICUS. Nachdem COPERNICUS bereits umfangreich Daten liefere sind bis Jahresende erstmals auch für GALILEO erste Dienste zu erwarten. Weiters kündigte die Kommission an, dass sie gemeinsam mit den MS und der ESA beabsichtige, bis Jahresende die "Raumfahrtstrategie für Europa" vorzulegen; das Schwerpunktthema soll „Market uptake“ (wirtschaftlicher Erfolg und neue Arbeitsplätze) sein. Die Hindernisse dazu, insbesondere im Bereich der Datennutzung sollen identifiziert und abgestellt werden. Zur besseren Nutzung von COPERNICUS beabsichtige die Kommission, ein technisches Büro einzurichten und eine Ko-Finanzierung für Projekte der Mitgliedstaaten zu etablieren. Bei GALILEO werde die Kommission Chip-Sets und Receiver sowie die Anwendungsentwicklung fördern, damit die Mehrzahl der weltweit genutzten Receiver auch das europäische Satellitensignal von GALILEO empfangen können. Bereits jetzt werde die Nutzung von EGNOS/Galileo-Daten für Projekte insb. im See- und Schienenverkehr gefördert. Als weitere wichtige Anwendungsfelder gelten die intelligenten Energienetze (Smart Grids) ebenso wie das Thema Autonomous Driving.

Die Mehrheit der Mitgliedstaaten begrüßte die Initiative der Kommission angesichts des großen Potentials der Datennutzung, nannte jedoch auch Herausforderungen wie technische Barrieren, Kapazitätsaufbau und Koordination mit regionalen Politiken, um Wachstum und Wettbewerbsfähigkeit auch in diesem Sektor zu sichern.

Österreich betonte, dass national geschaffene Kapazitäten zur Nutzung und „Storage“ von Daten in den zukünftigen Planungen der Kommission im Rahmen der neuen europäischen Weltraumstrategie entsprechend zu berücksichtigen wären und verwies dabei auf das neu geschaffene österreichische "Earth Observation Data Centre". Auf

EU-Ebene sollten verstärkte Bemühungen gesetzt werden um die potentiellen Nutzer von neuen Datenanwendungen besser zu erreichen, wie etwa durch Info-Days, Workshops, Start-up-Event oder verschiedensten Pilotinitiativen. Die künftige "Weltraumstrategie für Europa" müsse jedenfalls einen umfassenden Ansatz verfolgen und über die "Weltraumräte" nicht nur die EU sondern auch die ESA und die Mitgliedstaaten einbeziehen. Klare Ziele und Prioritäten sowie eine klare Aufgabenteilung wurden dabei als wichtige Voraussetzungen genannt, um die wirtschaftlichen Ziele der neuen Weltraumstrategie zu erreichen.

Der Vorsitz dankte für die Diskussion und rief zu einer engeren Zusammenarbeit insbesondere hinsichtlich der europäischen Raumfahrtstrategie auf. Weiters wurde betont, dass die Raumfahrt den Bürgern zugutekommen soll und daher technische Barrieren abgebaut und die Marktbedingungen verbessert werden müssen.

Die slowakische Delegation informierte über das Arbeitsprogramm des künftigen Vorsitzes. Als Prioritäten wurden u.a. die Fortführung der Partnerschaft zwischen der EU, der ESA und den Mitgliedstaaten, die weitere Umsetzung von Galileo und Copernicus in enger Zusammenarbeit mit der ESA sowie die Vorbereitung und Umsetzung der Europäischen Raumfahrtstrategie genannt. Die Strategie soll bei der Tagung des Rates "Wettbewerbsfähigkeit" in der Formation „Raumfahrt“ am 29. November 2016 besprochen werden.

Teil II: Forschung

Den Vorsitz führte am zweiten Sitzungstag der niederländische Staatssekretär für Bildung, Kultur und Wissenschaft Sander Dekker.

Der Rat Wettbewerbsfähigkeit (Teil Forschung) nahm folgende drei Dokumente an:

Schlussfolgerungen des Rates "Siebtes Forschungsrahmenprogramm und Zukunftsperspektiven: Investitionen in Forschung und Innovation im Hinblick auf Wachstum, Beschäftigung und Lösungen für die gesellschaftlichen Herausforderungen", Schlussfolgerungen des Rates über forschungs- und innovationsfreundliche Rechtsetzung und Schlussfolgerungen des Rates über den Übergang zu einem System der offenen Wissenschaft.

Im Mittelpunkt der Sitzung stand diesmal ein Gedankenaustausch zum Übergang zu einem System der offenen Wissenschaft. Vorsitzender Dekker betonte die Wichtigkeit der offenen Wissenschaft. Es gehe darum, den Impact von Wissenschaft zu verbessern, Die Steigerung des Bildungsniveaus der Bevölkerung führe dazu, dass das Interesse an der Wissenschaft wachse.

Kommissar Moedas stimmte dem VS zu und die Europäische Kommission unterstütze die vorliegenden SF. Der Zugang zu Publikationen, die mit Mitteln aus „Horizont 2020“ gefördert werden, sei vollumfänglich umgesetzt, nun widme man sich einem Pilotprojekt, das den Zugang zu den Forschungsdaten ermöglichen solle. Die EK brauche dafür die Mitgliedstaaten sowie deren Expertise an Bord, , weshalb mit heutigem Tage die Einrichtung einer „Open Science Policy Platform“ verkündet werde.

In der anschließenden Tischrunde fand die Idee der Schaffung einer „Open Science Cloud“ breite Unterstützung, zugleich aber betonten einige Länder die Notwendigkeit von standardisierten Datenformaten, damit die grenzübergreifende Interoperabilität der Datenbank gewährleistet werden könne. Hinsichtlich der neu eingerichteten „Open Science Policy Platform“ forderten DE, DK, LT, EE, SI und FR die Einbindung der Mitgliedstaaten.

Österreich berichtete, dass man als erster europäischer Mitgliedstaat eine „Open Innovation Strategie“ formuliere. Auch eine moderne Strategie für geistiges Eigentum werde erarbeitet. Die gegenständliche Debatte zeige nochmals, dass man bei der Verbreitung von Know-how auch Eigentumsrechte bedenken müsse. In Bezug auf „Open Access“ berichtete AT, dass man auf nationaler Ebene ein breit aufgestelltes Netzwerk zum Thema hat („Open Access Network Austria“), das ambitionierte Empfehlungen abgegeben habe, mit dem Ziel, öffentlich finanzierte Forschungsarbeiten bis 2025 mit dem goldenen Modell zugänglich zu machen.

Die Kommission replizierte, dass in den Bereichen offener Zugang, offene Daten und Datenintegrität in den letzten Jahren deutliche Fortschritte erzielt worden. Bildung und Ausbildung der Datenwissenschaftler/innen halte sie für besonders wichtig. Für die EK sei die Demokratisierung der Wissenschaft ein zentraler Bereich. Sie wolle nicht den einen oder anderen Weg für einen offenen Zugang vorgeben, es handle sich um alternative Modelle der Umsetzung.

Der Vorsitz dankte für die substanzielle Diskussion. Wenn die Ziele erreicht werden sollen, brauche es ausgewogene und konzertierte Maßnahmen. Es müsse eine Bereitschaft zum offenen Zugang auf allen Ebenen herrschen, bei allen Beteiligten. Weiterhin sei vieles aus der akademischen Arbeit nicht ohne Weiteres zugänglich. Es stehe jedenfalls ein großes Potenzial zur Verfügung

Unter dem letzten Tagesordnungspunkt Sonstiges präsentierte der Vorsitzende des Europäischen Strategieforschums für Forschungsinfrastrukturen ESFRI den aktualisierten Fahrplan. Die Kommission berichtete über zentrale Fragestellungen und Ergebnisse der öffentlichen Konsultation zum Europäischen Innovationsrat. Für die Diskussion des Themas bei der informellen Tagung des Rates WBF im Juli in Bratislava kündigte die EK ein Hintergrundpapier an.

Abschließend informierte die slowakische Delegation über die Prioritäten ihrer Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr 2016. Im Mittelpunkt werde die Förderung junger Talente stehen.

Im Einvernehmen mit dem Herrn Bundesminister für Verkehr, Innovation und Technologie stelle ich somit den

Antrag,

die Bundesregierung wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Wien, am 23. September 2016
Dr. Reinhold Mitterlehner